

Der Politik gezeigt, «dass es funktioniert»

Anwil Das 580-Seelen-Dorf sparte während des Experiments mit Elektrofahrzeugen 3,8 Tonnen CO₂ ein

VON BORIS BURKHARDT

«Die Energiezukunft 2050 kann kommen», ist das Fazit des EBL-Geschäftsführers Tobias Andrist nach einer Woche «Experiment Anwil 2050». Die 580 Einwohner des relativ abgelegenen Juradorfs auf 588 Metern über Meer hatten vom vergangenen Montag bis Samstag komplett auf E-Mobilität umgestellt; selbst die Müllabfuhr kam mit einem elektrischen Fahrzeug (die bz berichtete). Die Elektra Baselland (EBL) hatte diesen Test organisiert und präsentierte an der Podiumsdiskussion am Freitagabend in der Anwiler Mehrzweckhalle erste Ergebnisse. Für Andrist ist deshalb klar: «Die Technologie für den Energiewandel ist da; und die EBL ist bereit.»

Über 27 000 Kilometer

Die Anwiler waren demnach bis Freitagabend 27 341 Kilometer mit insgesamt 142 Elektrofahrzeugen gefahren: 97 Autos, 25 E-Bikes, je ein Gemeindefahrzeug, Handwerkerfahrzeug und der erwähnte Müllkipper sowie elf E-Mobile, die bereits An-

wilern gehört hatten. Dabei wurden laut Tobias Andrist 3,8 Tonnen CO₂ (Kohlendioxid) eingespart. Die EBL stellte für das Experiment 30 Langsam- und zwei Schnellladestationen für die E-Fahrzeuge auf; der Strombedarf im Ort sei deshalb um 8,5 Prozent gestiegen, mit Leistungsspitzen von 100 Prozent. Dank der 27 Photovoltaikanlagen im Dorf habe der Zusatzbedarf ausschliesslich mit erneuerbarer Energie gedeckt werden können. Auch das Stromnetz sei stabil, der befürchtete Blackout ausgeblieben: «Auf dem Land ist das gut machbar; die Stromnetze wurden hier konservativ geplant. Aber schon in urbanen Quartieren wie in Liestal dürfte es Probleme geben.»

Gemeinderats-Vizepräsident Marcel König berichtete von einer positiven, lockeren Stimmung im Dorf: «Es war deutlich ruhiger als sonst. Ab und zu hörte man nur ein Suuuuum; das kam mir fast mystisch vor.» Das Experiment habe «schon etwas im Denken» geändert, sagte er. Seiner Meinung nach habe es sich gelohnt, «Dinge auszuprobieren, denen man skeptisch gegenüber eingestellt ist:



«Hier ist die Schweiz noch weit hinterdran im europäischen Vergleich.»

Florence Brenzikof
Grünen-Landrätin und Vizepräsidentin der Grünen Schweiz

Aber das kann man auf jedes Thema anwenden.» Auch Podiumsleiter Tobias Müller, bekannt als Moderator der SRF-Sendung «Einstein», sah in «Anwil 2050» Möglichkeiten, «die Leute zu begeistern».

«Der Star der Familie»

EBL-Chef Andrist lobte die Anwiler: «Die Bereitschaft mitzumachen war beeindruckend gross.» Er zitierte einige Reaktionen der Bevölkerung: «Ein fabelhaftes Auto; ich wills gar nicht mehr hergeben. Der Star der Familie.» Andere hätten von problemlosen Fahrten nach Zürich und Bern berichtet. Die EBL errechnete den Anwilern eine Ersparnis von 880 Tonnen CO₂ und 570 000 Franken für Benzin, wenn das ganze Dorf mit den Erstfahrzeugen auf E-Mobilität umstiege. Als Müller die Anwiler im Saal allerdings fragte, wer sich nun ein Elektroauto zulegen werde, hob sich nur eine Hand.

Die hohen Anfangskosten, sich ein Elektroauto zuzulegen, sieht Tobias Andrist durchaus als Problem. Florence Brenziko-

fer, Grünen-Landrätin und Vizepräsidentin der nationalen Partei, forderte deshalb, vor allem den öffentlichen Verkehr auf Elektroantrieb umzustellen: «Hier ist die Schweiz noch weit hinterdran im europäischen Vergleich.» Das erfolgreiche Experiment helfe, der Politik zu zeigen, «dass es funktioniert». Auch das Gemeindeauto mit Elektroantrieb, das sich die Verwaltungsmitarbeiter teilen, sei ein Anfang, den auch andere Gemeinden relativ einfach umsetzen könnten.

Ein weiterer Aspekt des Experiments neben der E-Mobilität war für die EBL das Stromsparen im Haus. Sie hatte deshalb einen Wettbewerb zwischen zwei Anwiler Familien ausgerufen, deren Häuser zu «Smarthomes» - vernetzten Häusern zur effizienteren Energienutzung - umgerüstet wurden: Wer den Stromverbrauch während der Woche im Vergleich zu einem zuvor überwachten Zeitraum mehr reduzieren hatte können, durfte die Einrichtung behalten. Beide Familien konnten laut Andrist beeindruckende 68 Prozent Energie einsparen und durften beide die Technik behalten.

Slow-Up Sonnenschein und warm, aber nicht allzu heiss. Es war das perfekte Wetter für den «grössten grenzüberschreitenden Bewegungstag Europas», wie die Veranstalter den Slow-Up Basel-Dreiland stolz nennen. Mit bis zu 62 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern sei der Tag ein «Riesenerfolg» gewesen. Es war die 12. Ausgabe des sportlichen Anlasses. Die nächste ist für 15. September 2019 geplant. Unter dem Motto «Vignette ist Ehrensache» wurde erstmals ein freiwilliger Beitrag von fünf Franken erhoben, um die Zukunft des Anlasses zu sichern. FOTO: ZVG



Rodersdorf

Pferd nach Fuhrwerk-Unfall eingeschlafert

Auf der Oltingerstrasse in Rodersdorf kollidierte am Samstag gegen 18.20 Uhr ein Pferdefuhrwerk, nachdem die beiden Zugpferde durchgebrannt waren. Die Kutschenführerin, deren Mitfahrerin sowie die Pferde verletzten sich zum Teil schwer. Eines der Pferde musste eingeschläfert werden. Die zwei Frauen waren mit dem Pferdefuhrwerk auf der Oltingerstrasse in Richtung Rodersdorf Zentrum unterwegs. Nach ersten Erkenntnissen erschreckten die beiden Zugpferde aus bisher unbekanntem Grund und brannten durch. Kurz nach dem Waldausgang kam das Fuhrwerk links auf eine Grasnarbe und kippte um, wobei die beiden Frauen vom Gespann fielen. Die Kutschenführerin verletzte sich dabei schwer und musste mit einem Helikopter der Rettungsflugwacht in ein Spital geflogen werden. Ihre Mitfahrerin wurde mit leichten Verletzungen mit der Ambulanz in ein Spital gebracht. Die beiden Zugpferde verletzten sich durch den Vorfall ebenfalls; eines so schwer, dass es von einem Tierarzt eingeschläfert werden musste. Die Unfallursache ist Gegenstand der eingeleiteten Untersuchungen. (BZ)

Die Zeichen stehen (noch nicht) auf Rückzug

Ausgleichsinitiative Im Ringen um die künftige Verteilung der Sozialhilfekosten schöpfen die Gemeinden nach der jüngsten Landrats-sitzung etwas Hoffnung.

VON BOJAN STULA

Für die Gemeinden waren die Monsterebatten im Baseltier Landrat am vergangenen Donnerstag in zweierlei Hinsicht aufschlussreich. Zum einen sprach sich die Parlamentsmehrheit strikt dagegen aus, dass die Kommunen künftig Planungsmehrwerte bei Auf- und Umzonungen von Bauland abschöpfen können. Die bürgerliche Mehrheit liess keinen Zweifel daran, dass sie alles unternehmen wird, um eine Verschlechterung der finanziellen Rahmenbedingungen für Investoren und Grundstückbesitzer zu verhindern. Dies natürlich zulasten der Gemeinde-

kassen, denen die Mehrwertabgeltungen zur Finanzierung von Nutzungsplanungen und eigenen Infrastrukturprojekten hoch willkommen wären.

Das andere Signal für die finanzschwächsten der Gemeinden war etwas hoffnungsvoller: Im Ringen um einen Gegenvorschlag zur Ausgleichsinitiative kam in erster Lesung eine Eingabe des Grellinger CVP-Landrats Franz Meyer durch, der die Verdoppelung der Solidaritätsabgabe von 5 auf 10 Franken pro Einwohner und Gemeinde im Jahr vorsieht. In ihrer im März 2016 eingereichten Ausgleichsinitiative fordern elf Baseltier Gemeinden die Einrichtung eines gemeinsam gespeisten Pools, der für 70 Prozent aller Sozialkosten der 86 Gemeinden aufkommt. Bloss die restlichen 30 Prozent sollen zulasten der einzelnen Kommunen gehen.

Angst vor Systemwechsel

Gemäss Berechnungen der Finanzdirektion würde dies die Gemeinden mit zwischen 70 und 130 Franken pro Ein-

wohner und Jahr belasten. Der nach Meyers Antrag angepasste Gegenvorschlag der landrätlichen Finanzkommission sieht jetzt 10 Franken pro Ein-

«Die 10 Franken sind für mich ein guter Kompromiss.»

Andrea Kaufmann
Gemeindepräsidentin von Waldenburg

wohner und Jahr für einen Solidaritätsfonds sowie 2.50 Franken für einen zusätzlichen Härtefonds für die besonders stark betroffenen Gemeinden vor.

Noch stärker als vor der übermässigen finanziellen Belastung graut dem Baseltier Finanzdirektor vor dem Systemwechsel, der mit der Annahme der Ausgleichsinitiative einhergehen würde. Doch auch mit dem von den beiden Landräten Christof Hiltmann (FDP, Birsfelden) und Urs Kaufmann (SP, Frenkendorf) massgeblich entwickelten zweiten Gegenvorschlag käme

ein dritter Topf hinzu, aus dem die finanzschwachen Gemeinden neben dem bisherigen Finanzausgleich und dem daraus abgezweigten Härtefonds unterstützt werden könnten.

Gewisse Erleichterung

«Was im Landrat in erster Lesung beschlossen worden ist, liegt immer noch weit unter dem, was nötig wäre», sagt Laufens Stadtpräsident Alex Imhof, eine der treibenden Kräfte hinter der Ausgleichsinitiative. Die Initianten forderten im Hinblick auf den zweiten Gegenvorschlag - der erste war im August 2017 im Landrat als ungenügend knapp zurückgewiesen worden - zwischen 13 und 17 Franken Solidaritätsbeitrag pro Einwohner. Aber, und daraus spricht eine gewisse Erleichterung, «es ist eine Verbesserung». Der Landrat habe anerkannt, dass ein Problem existiere, pflichtet Imhof bei.

Dies betont auch FDP-Landrätin Andrea Kaufmann, Gemeindepräsidentin von Waldenburg, eine weitere Mitiniti-

antin: «Ich bin zufrieden, dass das Problem erkannt wurde.» Dies bereits, indem der Landrat überhaupt gegen den Widerstand der SVP auf die Beratung des zweiten Gegenvorschlags eingetreten ist; mit 60:20 Stimmen überaus klar dazu. Rein persönlich könnte sie sogar mit der in erster Lesung erfolgten Anpassung leben: «Die 10 Franken sind für mich ein guter Kompromiss.» Allerdings betonen sowohl Imhof wie Kaufmann, dass sie vor erfolgter zweiter Lesung keinerlei öffentliche Signale über einen allfälligen Rückzug der Ausgleichsinitiative aussenden möchten. Schliesslich könnte ja ein weiterer Antrag in der zweiten Lesung am 27. September den Kompromiss vom vergangenen Donnerstag zunichtemachen.

Das sähe insbesondere ein Grossteil der SVP-Fraktion gerne, der am liebsten die elf Initiativgemeinden mit ihren Maximalforderungen in der Volksabstimmung auflaufen liesse. Ein breit akzeptierter Kompromiss im Gegenvorschlag passt da gar nicht ins Konzept.